
Christoph Butterwegge

Abschied von der sozialen Gerechtigkeit? Die deutsche Sozialdemokratie am Scheideweg



Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951 in Albersloh/Westfalen, Studium der Philosophie, Psychologie und Sozialwissenschaft in Bochum, leitet die Abteilung für Politikwissenschaft und ist Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln.

In der SPD ging die Debatte zum „Umbau“ des Sozialstaates, bezogen auf die Konzepte der sog. Hartz- wie der sog. Rürup-Kommission und Gerhard Schröders „Agenda 2010“, im Sommer 2003 allmählich in eine grundsätzlichere Diskussion über die programmatischen Ziele und die Zukunft der Partei über. Hier soll gefragt werden, ob die Beiträge sozialdemokratischer Politiker/innen zur Programmdiskussion den Aufgaben der nächsten Zeit entsprechen und welche Alternativen es zu ihnen aus gewerkschaftlicher Sicht gibt.

Grundwerte als politisches Bermuda-Dreieck?

Das am 20. Dezember 1989 verabschiedete „Berliner Programm“ nennt Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerte der SPD. Nach dem sich damals erst ganz schemenhaft abzeichnenden Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa, den nicht nur Nationalkonservative und Neoliberale im Westen als Sieg der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, der Marktwirtschaft oder des Kapitalismus feierten, wurde dem Sozialstaat der Krieg erklärt.¹ Durch die neoliberale Hegemonie, wie man die Meinungsführerschaft des Marktradikalismus im viel beschworenen Zeitalter der Globalisierung nennen kann, wurden bisher allgemein verbindliche Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen auf den Kopf gestellt. Galt z.B. der soziale Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Klassen, Schichten

¹ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl., Opladen 2001, S. 46ff.; Christoph Butterwegge/Martin Kutscha/Sabine Berghahn (Hrsg.), Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden 1999.

und Individuen früher als Ziel staatlicher Politik, so steht Siegertypen heute alles, „Leistungsunfähigen“ bzw. „-unwilligen“ hingegen nichts zu. Wenn davon überhaupt noch die Rede ist, ruft man in der Öffentlichkeit nach mehr „Generationengerechtigkeit“; gleichzeitig wird die wachsende Ungleichheit innerhalb aller Generationen ignoriert oder negiert.²

Anthony Giddens, Direktor der London School of Economics und wissenschaftlicher Berater des britischen Premierministers Tony Blair („New Labour“), trieb während der 1990er-Jahre die Revision des sozialdemokratischen Begriffs der Gleichheit erfolgreich voran: „Die heutige Linke muss ein dynamisches, an Lebenschancen orientiertes Konzept von Gleichheit entwickeln, dessen Schwerpunkt auf Chancengleichheit liegt.“³ „Gleichheit der Chancen, nicht im Ergebnis!“ lautete denn auch das Motto von Politikern, welche durch Erstere die Freiheit gefährdet wähten und die Gerechtigkeit dagegen in Anschlag brachten. Zu ihnen gehörte auch Gerhard Schröders erster Kanzleramtschef Bodo Hombach, später Balkan-Beauftragter der EU und heute WAZ-Manager, der ein von den sozialökonomischen Rahmenbedingungen abstrahierendes Gleichheitsverständnis in der SPD salonfähig machte: „Wir brauchen Gleichheit beim Start, nicht im Ergebnis, eine Politik der zweiten Chance. Das Stichwort ist der aktivierende Staat. Wir müssen Instrumente in die Hand nehmen, die Selbsthilfe, Eigeninitiative und Unternehmertum fördern.“⁴

Hombach gehörte zu den Mitverfassern des sog. Schröder/Blair-Papiers, das die Regierungschefs im Juni 1999 vorlegten. Darin war sowohl von einer „Ausweitung der Chancengleichheit“ wie auch vom Arbeitszwang für Bezieher/innen staatlicher Leistungen die Rede. Weiter hieß es dort: „Ein Sozialversicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert, muss reformiert werden. Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.“⁵ Hombach sprach vom „aktivierenden Sozialstaat“ als einem „Trampolin“, das die Menschen in den Arbeitsmarkt zurückkatapultieren soll.⁶ Die beißendste Kritik an diesem Bild übte Heribert Prantl: „Das herzlose Wort vom sozialen Netz als ‚Trampolin‘ oder ‚Sprungbrett‘ spricht weniger für neue Ideen der SPD denn für ihre neue Gefühllosigkeit: Beide Gerätschaften eignen sich nämlich nur für den gesunden und leistungsfähigen Menschen.“⁷

Volker Offermann sah im Schröder/Blair-Papier „keine relevanten Handlungsempfehlungen zur Bewältigung objektiv im Wohlfahrtsstaat bestehender Problemlagen“, zumal ihn auch der Rat, statt sozialer nur noch Chancengleichheit bzw. Fairness anzustreben, mitnichten überzeugte: „Soziale Gerechtigkeit ist mehr als Chancengleichheit, wenn auch Chancengleichheit als eine Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit angesehen werden kann. Gerechtigkeit setzt in einem bestimmten Maße eben auch Gleichheit im Ergebnis voraus.“⁸ Horst Heimann betont zu Recht, dass soziale Gleichheit und Gerechtigkeit nicht voneinander zu trennen sind, sondern einander bedingen: „Der Grundwert der sozialen Gerechtigkeit ist (...) ohne den Begriff Gleichheit nicht inhaltlich zu füllen. Ein Zuviel an Ungleichheit ist ein

2 Vgl. dazu: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel*, 2. Aufl., Opladen 2003.

3 Anthony Giddens, *Die Frage der sozialen Ungleichheit*, Frankfurt/M. 2001, S. 96.

4 Bodo Hombach, *Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte*, München/Düsseldorf 1998, S. 12.

5 Gerhard Schröder/Tony Blair, *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag*, in: Hans-Jürgen Arlt/Sabine Nehls (Hrsg.), *Bündnis für Arbeit. Konstruktion – Kritik – Karriere*, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 297.

6 Siehe Hombach, *Aufbruch*, S. 18.

7 Heribert Prantl, *Rot-Grün. Eine erste Bilanz*, Hamburg 1999, S. 73.

8 Volker Offermann, *Die „Neue Mitte“ und der Wohlfahrtsstaat*, in: *Sozialer Fortschritt* 11/1999, S. 278.

Widerspruch zur sozialen Gerechtigkeit. Wer aber von Ungleichheit nicht reden will, der sollte auch von Gerechtigkeit schweigen.“⁹

In der „zivilen Bürgergesellschaft“, die Gerhard Schröder anstrebt, steht der Gerechtigkeitsgedanke sogar im Vordergrund. Er bezieht sich jedoch nicht mehr auf Verteilungsgerechtigkeit, die als von der gesellschaftlichen Entwicklung überholt gilt: „Gerade weil (...) die Herstellung und Bewahrung sozialer Gerechtigkeit in einem umfassenden Sinne oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik ist und bleibt, können wir uns nicht mehr auf Verteilungsgerechtigkeit beschränken. Dies geht schon deshalb nicht, weil eine Ausweitung der Sozialhaushalte nicht zu erwarten und übrigens auch nicht erstrebenswert ist. Für die soziale Gerechtigkeit in der Wissens- und Informationsgesellschaft ist vor allem die Herstellung von Chancengerechtigkeit entscheidend.“¹⁰

Gerd Mielke hält die These, man könne die Ausrichtung des Staates auf Verteilungsgerechtigkeit durch neue Zielmarken wie Chancengleichheit, Generationengerechtigkeit oder Erwerb von Sozialkapital ersetzen, für eine politische Milchmädchenrechnung: „Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sind - das zeigt etwa die Soziologie der Bildungsabschlüsse - zwei Seiten derselben Medaille.“¹¹ So sinnvoll die Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs in Richtung einer „Teilhabe-“ oder „Beteiligungsgerechtigkeit“ sein mag, so wenig darf sie vergessen machen, dass dieser durch soziale Ungleichheit der Boden entzogen wird. Ohne soziale Emanzipation gibt es keine umfassende politische Partizipation, ohne Verteilungs- keine Beteiligungsgerechtigkeit.

Wie Birgit Mahnkopf belegt, erodiert das liberale Prinzip der Leistungsgerechtigkeit; zugleich wird das komplementäre, der sozialistischen Tradition entstammende Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit durch einen neoliberalen Umbau des Sozialstaates suspendiert.¹² Gleichzeitig akzentuiert man auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie - dem neoliberalen Zeitgeist folgend - immer stärker die Freiheit. So schrieb Gerhard Schröder in einem Essay zum 140. Jahrestag der Gründung seiner Partei: „Unser oberstes Leitbild ist die Freiheit der Menschen, ihr Recht auf ein Leben in Würde, Selbstbestimmung und freier Entfaltung ihrer Fähigkeiten in einem solidarischen Gemeinwesen.“¹³ In seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 sprach Schröder nicht weniger als 18 Mal von „(Eigen-)Verantwortung“, in seiner Rede auf dem Berliner Sonderparteitag der SPD am 1. Juni 2003 sogar 19 Mal von „(Wahl-)Freiheit“. Jürgen Kocka, Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, forderte in einem Interview mit dem Titel „Das Wichtigste ist die Freiheit“ die Verringerung der Staatstätigkeiten. Es gehe um mehr Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und Teilhabe: „Staatliche Fürsorge ist nicht mehr so nötig und nicht so wünschenswert wie früher.“¹⁴ Man fragt sich, wo der interviewte Historiker eigentlich lebt, sind in der Bundesrepublik doch immer mehr Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen, wie

9 Horst Heimann, Mehr Ungleichheit wagen? Zum anhaltenden Boom der Egalitarismuskritik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2001, S. 715.

10 Gerhard Schröder, Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4/2000, S. 203.

11 Gerd Mielke, Sozialdemokratie und Bürgergesellschaft. Anmerkungen zu einer komplizierten Beziehung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2001, S. 705.

12 Vgl. Birgit Mahnkopf, Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: PROKLA 121 (2000), S. 504 ff.

13 Gerhard Schröder, Der Essay: Das Gestalten der Zukunft braucht den Mut zur Veränderung, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 5/2003, S. 7.

14 Jürgen Kocka, „Das Wichtigste ist die Freiheit“. Ein Gespräch über die Grenzen des Sozialstaats und das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit, in: Vorwärts 7-8/2003. Siehe auch den Beitrag Kockas in diesem Heft.

die Arbeitslosen- und die Sozialhilfestatistiken ausweisen. Wie aber soll eine allein erziehende Mutter, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhält und nicht weiß, ob sie genug Geld für die nahende Klassenfahrt ihres Kindes erübrigen kann, sich selbst verwirklichen und am gesellschaftlichen bzw. politischen Leben teilhaben?

Sozialdemokratie und neoliberale Hegemonie: Anpassung oder Widerstand?

Die deutsche Sozialdemokratie kann sich der neoliberalen Hegemonie nur schwer entziehen, weil diese das Gefüge ihrer Grundwerte auf eine harte Probe stellt: Gefragt sind Leistungsbereitschaft und Konkurrenzfähigkeit, während soziale Gleichheit und Solidarität eher zu den Auslaufmodellen zählen. Die drei genannten Grundwerte stehen zwar nicht in einem Spannungsverhältnis, sondern ergänzen einander sinnvoll, lassen sich aber unterschiedlich interpretieren: Impliziert der Grundwert „Freiheit“ die Möglichkeit aller Marktteilnehmer, ihre auf mehr persönlichen Wohlstand gerichteten Ziele ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl zu vertreten? Ist unter dem Grundwert „Gerechtigkeit“ zu verstehen, dass jeder nach seiner eigenen Leistung, d.h. dem individuell schwer messbaren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg, entlohnt werden soll, oder aber, dass jeder nach seinem individuellen Bedarf am gesellschaftlichen Reichtum beteiligt werden soll? Bedeutet der Grundwert „Solidarität“ nur, dass niemand Not leiden und verhungern darf, solange andere im Überfluss leben, oder schließt er auch das Teilen zwischen allen Gesellschaftsmitgliedern ein?

Während die Kapitaleigentümer aufgrund ihrer starken Markt- und Machtposition ohnehin über ein enormes, im Zeichen der Globalisierung weiter steigendes Maß an Handlungsfreiheit verfügen, ist der Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn kennen, gleichbedeutend mit einem individuellen Freiheitsgewinn. „Je stärker ein Sozialstaat den wirtschaftlichen Austausch reguliert, je mehr sozialrechtliche Gesetze er erlässt und je intensiver er die Einkommen umverteilt, desto eher ist es sozial und wirtschaftlich benachteiligten Personen möglich, frei von der notdürftigen Unterstützung anderer Privatpersonen und der ständigen Angst vor dem sozialen Abstieg das eigene Leben bis zu einem gewissen Ausmaß selbstbestimmt gestalten zu können.“¹⁵

In einer wohlfahrtsstaatlichen Demokratie ist Freiheit immer die Möglichkeit der Schwächsten, über ihr Leben selbst zu bestimmen, statt z.B. - unabhängig von der beruflichen Qualifikation wie der familiären Situation - jeden Arbeitsplatz annehmen zu müssen, aber gerade nicht die Möglichkeit von Spitzenverdienern und Kapitaleigentümern, sich allgemeinen Verpflichtungen zu entziehen. Wahlfreiheit kann nicht heißen, dass sich junge und gesunde Arbeitnehmer/innen durch die Option für preiswerte Spezialtarife ihrer Krankenkasse aus der sozialen Verantwortung stehlen. Vielmehr muss Wahlfreiheit darin bestehen, dass sich Alleinerziehende für Teilzeitarbeit entscheiden können, ohne dadurch noch Jahrzehnte später gravierende Nachteile bei der Bemessung ihrer Altersrente zu haben.

Es ist schon beinahe zur Mode geworden, „mehr Eigenverantwortung“ zu fordern. Mir scheint, dass vornehmlich Menschen diesen Anspruch erheben, die gar nicht auf Leistungen des Sozialstaates angewiesen sind, wohingegen ihn Menschen erfüllen sollen, denen es

15 Andreas Wimmel, Sind sozialpolitische Interventionen aus liberaler Perspektive wertvoll? Thesen zum Spannungsverhältnis von persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit in modernen Wohlfahrtsstaaten, in: Zeitschrift für Politik 1/2003, S. 69.

umso mehr an persönlichen Potenzialen und Reserven mangelt, als man ihnen die dazu nötige staatliche Unterstützung entzieht. „Eigenverantwortung“ wäre ein würdiges „Unwort des Jahres“, weil diese aus dem neoliberalen Begriffsarsenal stammende Vokabel nicht nur vage, mehrdeutig und missverständlich ist, vielmehr auch soziale Verantwortungslosigkeit kaschiert und legitimiert. Schlagworte wie „Privatinitiative“, „Eigenverantwortung“ oder „Selbstvorsorge“ lassen sich kaum im Sinne solidarischen Fortschritts umdeuten.

Die rot-grüne Regierungspraxis im Konflikt mit sozialdemokratischen Prinzipien

Da die rot-grüne Regierungspraxis dem sozialdemokratischen Grundsatzprogramm, insbesondere seiner Vision der Schaffung eines demokratischen Sozialismus, immer weniger entspricht,¹⁶ müsste sie ihm eigentlich stärker angeglichen werden. Bundeskanzler Gerhard Schröder, seit dem Rücktritt von Oskar Lafontaine auch SPD-Vorsitzender, und sein Generalsekretär Olaf Scholz passen jedoch umgekehrt die Partei und ihre Prinzipien der Regierungspolitik an: Althergebrachte Grundwerte wie die soziale Gerechtigkeit und traditionsreiche Leitbegriffe wie „demokratischer Sozialismus“ erklärt man für antiquiert, interpretiert sie um oder relativiert sie auf andere Weise.

Scholz legte unter der Überschrift „Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert. 13 Thesen für die Umgestaltung des Sozialstaats und die Zukunft sozialdemokratischer Politik“ vor. Darin plädierte der SPD-Generalsekretär für die Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs, der bisher zu sehr auf Verteilungsgerechtigkeit gemünzt gewesen sei, was sich aufgrund der Globalisierung ändern müsse. Hierbei verdiene vor allem der Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit, die sich wechselseitig bedingten, mehr Aufmerksamkeit: „Gerecht ist“, meint Scholz, „was Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es selbst gerne gestalten möchten.“¹⁷ Folglich hätten Sozialdemokrat(inn)en an der Regierung die Aufgabe, dafür geeignete Voraussetzungen zu schaffen. Die beiden Politikfelder, wo darüber entschieden werde, ob die Gesellschaft (fast) allen Menschen ausreichende Teilhabechancen biete, sind Scholz zufolge Bildung und Arbeit: „Auf diesen Gebieten vor allem erweist sich der Gerechtigkeitsgrad unseres Gemeinwesens, auf diesen Gebieten müssen Sozialdemokraten heute ihrem emanzipatorischen Anspruch und Erbe gerecht werden.“¹⁸ Der moderne Sozialstaat dürfe weder die wirtschaftliche Dynamik beeinträchtigen noch den Zugang möglichst vieler Gesellschaftsmitglieder zu Bildung und Arbeit behindern: „Nur ein auf Prävention und Chancengleichheit setzender Sozialstaat kann unter den veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Gerechtigkeit gewährleisten.“¹⁹

Damit die Menschen ihre eigenen Pläne verfolgen können, brauchen sie nach wie vor Geld, das sie im Falle der Erwerbslosigkeit als soziale bzw. Lohnersatzleistung vom Staat erhalten müssen. Dies gilt auch für die von Scholz geforderten Chancen auf Teilhabe an Bildung und

16 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Eine kritische Bilanz der rot-grünen Sozialpolitik, in: Kai Eicker-Wolf u.a. (Hrsg.), „Deutschland auf den Weg gebracht“. Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Marburg 2002, S. 313 ff.

17 Olaf Scholz, Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert. 13 Thesen für die Umgestaltung des Sozialstaats und die Zukunft sozialdemokratischer Politik, in: Frankfurter Rundschau v. 7.8.2003.

18 Scholz, Gerechtigkeit.

19 Scholz, Gerechtigkeit.

Arbeit. Denn ohne ausreichende materielle Unterstützung bleibt die Möglichkeit, etwa an Weiterbildungskursen mit dem Ziel verbesserter Arbeitsmarktchancen teilzunehmen, ein leeres Versprechen. Seitdem man die Bundesanstalt für Arbeit nach den Ratschlägen namhafter Unternehmensberater zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen umstrukturiert, werden die Betroffenen jedoch kaum mehr reintegriert, sondern fallen gelassen. Durch die Ausgabe von Bildungsgutscheinen ohne Informationen über deren Einlösung, den Verzicht auf Zielgruppenförderung und sozialpädagogische Zusatzbetreuung sowie die nicht nur kurzfristige, vielmehr auch unsoziale Konzentration auf den zu erwartenden Vermittlungserfolg (Festlegung einer „Verbleibsquote“ von mindestens 70 Prozent sowohl als Voraussetzung für die Finanzierung von wie auch die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen) bleiben gerade sog. Hauptproblemgruppen des Arbeitsmarktes (Langzeitarbeitslose, Ältere und Berufsrückkehrerinnen) von Qualifizierungs- bzw. Fördermaßnahmen praktisch ausgeschlossen. Der „aktivierende Sozialstaat“ bedeutet letztlich das Ende eines aktiven, d.h. interventionsfähigen und -bereiten Sozialstaates. Mit der „Ich-AG“ erhebt man die (Schein-)Selbstständigkeit von Hilfebedürftigen zum Programm, ist jedoch darauf bedacht, diese möglichst umgehend aus dem Leistungsbezug zu entlassen und die Kosten für ihre Unterstützung zu senken, obwohl höchstens unternehmerische Kümmerexistenzen entstehen.

Debatten über die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums sind nach Meinung des SPD-Generalsekretärs Scholz u.a. deshalb nicht mehr von zentraler Bedeutung, weil der Sozialstaat „bereits ein sehr weitgehendes Niveau der Umverteilung materieller Ressourcen und Einkommen erreicht“ habe.²⁰ Armut, die in unserer Gesellschaft - besonders unter Kindern - wächst,²¹ wird völlig ignoriert, und die Verteilungsverhältnisse werden für weitgehend irrelevant erklärt, obwohl oder vielleicht gerade weil sie dem Gebot sozialer Gerechtigkeit heute mehr denn je seit 1945 zuwiderlaufen.

Überall werden Kinderspielplätze, Bibliotheken und öffentliche Schwimmbäder geschlossen. Man erhöht die Gebühren für Kindertagesstätten, verlängert die Arbeitszeit von Lehrer(inne)n und führt nach dem Hochschulrahmengesetz gar nicht erlaubte Studiengebühren ein. Weiterbildungsträger müssen ihrerseits Mitarbeiter/innen entlassen oder melden gar Insolvenz an, statt Erwerbslosen im selben Maß wie früher die Möglichkeit der beruflichen Fortbildung und Umschulung zu bieten. Gleichwohl erweckt die SPD-Programmdiskussion den Eindruck, der „präventive und investive Sozialstaat“ (Olaf Scholz) eröffne den Menschen neue Teilhabechancen im Bereich von Bildung und Arbeit. Sei es Realitätsblindheit oder Rosstäuscherei - die SPD büßt dadurch nicht nur viele Stammwähler/innen, sondern auch ihre Daseinsberechtigung als politische Interessenvertreterin der Arbeitnehmer/innen ein.

Modernisierung oder Abschied der Sozialdemokratie von sich selbst?

Birgit Mahnkopf diagnostiziert eine „mentale Kolonialisierung der Sozialdemokratie durch den Neoliberalismus“, die darin gipfele, „dass die Schimäre einer (wachstumshinderlichen) egalitären Gesellschaft herhalten muss, um ein Mehr an Ungleichheit zu

²⁰ Siehe Scholz, Gerechtigkeit.

²¹ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge u.a., Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich, Opladen 2003.

rechtfertigen, dessen ökonomischer Sinn zweifelhaft ist und dessen soziale Folgen für die Demokratie in Deutschland erhebliche Gefahren mit sich bringen.“²² Arno Klönne sah die SPD mit dem Schröder/Blair-Papier sogar „Abschied von sich selbst“ nehmen, was er wie folgt begründete: „Der Sozialstaat kapitalistischer Provenienz war der Kern des Godesberger Programms, und dies schlug in gesellschaftliche Realität um. Der ‚Weg nach vorne‘ wendet sich davon ab.“²³

Martin Seeleib-Kaiser deutet die immer „stärkere Fokussierung der Sozialdemokratie auf Eigenverantwortung, bürgerschaftliche Arrangements und die Familie sowie die Reduzierung der staatlichen Regulation im Wirtschaftsleben und der Sozialpolitik“ als Übernahme und Fortführung modernen christdemokratischen Gedankengutes, das auf einen „sozialen Kapitalismus“ setze.²⁴ Dagegen sieht Martin Frenzel die Sozialdemokratie bei ihrer „Neujustierung von Markt, Sozialstaat und Eigenverantwortung“ bzw. einem „Drahtseilakt zwischen Wohlfahrts- und Wettbewerbsstaat“ auf einer politisch-ideologischen Gratwanderung: „Die europäische Sozialdemokratie kann zwar einen weniger fürsorglichen denn aktivierend-fordernden Sozialstaat wagen, aber kaum das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit opfern, es sei denn um den Preis des dauerhaften, eigenen elektoralen Niedergangs.“²⁵ Der Parteienforscher Peter Lösche wiederum beklagt den Verlust einer originären Zielsetzung der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik: „Was den europäischen Sozialdemokratien fehlt, was verloren ging, ist die ‚große Erzählung‘ von der Humanisierung der Gesellschaft, von der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Egalität, von der sozialen Gerechtigkeit.“²⁶

In der aktuellen „Umbau“-Diskussion verschwimmen die Grenzen zwischen sozialdemokratischen Prinzipien und neoliberalen Positionen immer mehr. Peter Glotz, heute Hochschullehrer in St. Gallen und früher Bundesgeschäftsführer der SPD, verlangt einen radikalen Kurswechsel: „Die sozialdemokratische Theorie des Sozialstaats und der sozialen Gerechtigkeit muss neu formuliert werden, und zwar nicht wegen temporärer Budgetprobleme oder irgendeines läppischen (aber von uns Deutschen erfundenen) Defizitkriteriums im ‚Stabilitätspakt‘ der EU. Vielmehr unterscheiden sich die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters radikal von der Periode, in der der europäische Wohlfahrtsstaat konzipiert wurde.“²⁷ Glotz, dem ein „Rückbau des Sozialstaates“ trotz des ganz immensen Reichtums der Bundesrepublik als „unausweichlich“ erscheint, nennt dafür drei Gründe: das Altern der Gesellschaft, den „digitalen Kapitalismus“ ohne eine Möglichkeit der Rückkehr zur Vollbeschäftigung und die deutsche Wiedervereinigung. Keiner davon kann allerdings überzeugen.

Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel fordert ein „zweites Godesberg“, das die individuelle Entscheidungsfreiheit und das Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung für die Gesellschaft miteinander zu versöhnen hätte: „Im Grunde geht es um eine Wiederbelebung unseres Solidaritätsbegriffes: verantwortliches Handeln

22 Siehe Mahnkopf, Formel 1, S. 503.

23 Arno Klönne, Die Sozialdemokratie nimmt Abschied von sich selbst. Bemerkungen zum Blair-Schröder-Programm, in: Kommune 7/1999, S. 61.

24 Siehe Martin Seeleib-Kaiser, Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie? Eine Untersuchung zur programmatischen Reform sozialdemokratischer Parteien und ihrer Auswirkung auf die Parteidifferenzthese, in: Politische Vierteljahresschrift 3/2002, S. 492.

25 Martin Frenzel, Neue Wege der Sozialdemokratie – sozialliberaler Minimalkonsens oder christdemokratische Kopie? Eine Erwiderung auf Martin Seeleib-Kaiser, in: Politische Vierteljahresschrift 1/2003, S. 87.

26 Peter Lösche, Sozialdemokraten im Niedergang? Zum Zustand der SPD und ihrer europäischen Schwesterparteien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2003, S. 212.

27 Peter Glotz, Die soziale Selbstgerechtigkeit. Ohne eine neue Theorie des Wohlfahrtsstaats ist die SPD nicht mehr regierungsfähig, in: Die Zeit v. 8.5.2003.

für sich und gegenüber anderen.“²⁸ Neben das Plädoyer für mehr Eigenverantwortung tritt bei Gabriel der Appell an den Gemeinsinn: „Wir brauchen einen sozialen Patriotismus, dem sich insbesondere die geistigen und wirtschaftlichen Eliten verpflichtet fühlen.“ Von hier bis zu einem Standortnationalismus, wie ihn die Agenda 2010 propagiert, ist es aber nicht mehr weit. Dort heißt es ganz zum Schluss: „Wir Deutsche können stolz sein auf die Kraft unserer Wirtschaft, auf die Leistungen unserer Menschen, auf die Stärke unserer Nation wie auch auf die sozialen Traditionen unseres Landes.“²⁹

Für einen solidarischen Um- und Ausbau des Sozialstaates!

Die link(ssozialdemokratisch)en Gegner der Agenda 2010 sind keineswegs „Gralshüter des Status quo“, wie Wolfgang Merkel behauptet.³⁰ Sie halten vielmehr einen Umbau des Sozialstaates für erforderlich, der ihrer Überzeugung nach allerdings nicht neoliberalen Rezepten folgen und zur Reprivatisierung sozialer Risiken führen darf. Es geht ihnen darum, die spezifischen Nachteile des deutschen Sozialstaatsmodells auszugleichen, ohne seine Vorzüge preiszugeben. Strukturdefekte des „rheinischen“ Wohlfahrtsstaates bilden seine duale Architektur (Spaltung in Sozialversicherung und Sozialhilfe), seine strikte Lohn- und Leistungsbezogenheit (Äquivalenzprinzip) sowie seine Barrieren gegen Egalisierungstendenzen (im Grunde systemwidrige Beitragsbemessungsgrenzen; Versicherungspflichtgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung; partielle Freistellung prekärer Beschäftigungsverhältnisse von der Sozialversicherungs- bzw. Steuerpflicht). Der entscheidende Pluspunkt des Bismarckschen Sozialsystems gegenüber anderen, damit konkurrierenden Modellen liegt darin, dass seine Geld-, Sach- und Dienstleistungen keine Alimentation von Bedürftigen und Benachteiligten aus Steuermitteln darstellen, sondern durch Beitragszahlungen erworbene und auch verfassungsrechtlich garantierte Ansprüche.

Gegen eine Zurückdrängung der Beitrags- und einen Ausbau der Steuerfinanzierung des sozialen Sicherungssystems, die allenthalben empfohlen werden, sprechen drei gewichtige Gründe:

1. Steuerfinanzierte - im Unterschied zu beitragsfinanzierten - Sozialausgaben unterliegen den staatlichen Haushaltsrestriktionen; sie fallen deshalb eher den allgemeinen Sparzwängen der öffentlichen Hand zum Opfer; außerdem ist ihre Höhe von wechselnden Parlamentsmehrheiten und Wahlergebnissen abhängig. Wie sollen die ständig sinkenden Steuereinnahmen des Staates zur Finanzierungsbasis eines funktionsfähigen Systems der sozialen Sicherung werden? Schließlich haben alle Parteien die weitere Senkung von Steuern auf ihre Fahnen geschrieben.
2. Die Struktur der Steuereinnahmen lässt erkennen, dass Unternehmer und Kapitaleigentümer im „Lohnsteuerstaat“ Deutschland kaum noch zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Durch diese Schieflage der steuerlichen Belastung (nicht nur, aber vor allem bei den indirekten Steuern) würde das Sozialsystem einseitig von den Arbeitnehmer(inne)n finanziert, wohingegen die (im Pflegebereich und bei der „Riester-Rente“

28 Sigmar Gabriel, Ein zweites Godesberg, in: Die Zeit v. 22.5.2003.

29 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Agenda 2010. Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung, Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, 14. März 2003, Berlin, S. 46.

30 Siehe Wolfgang Merkel, Die unverzichtbare Verantwortung des Einzelnen. Auf dem Weg zum aktivierenden Staat sind Reformen dringend geboten: Soziale Gerechtigkeit und der Umbau des Sozialstaates, in: Frankfurter Rundschau v. 4.6.2003.

freilich bereits durchbrochene) Beitragsparität der Sozialversicherung für eine angemessene Beteiligung der Arbeitgeberseite an den Kosten sorgt. Zu fragen ist auch, welches Interesse die Unternehmer am Abbau der Arbeitslosigkeit, die ihre gesellschaftliche Position stärkt und die Gewerkschaften schwächt, überhaupt noch haben sollten, wenn sie die Kosten der Arbeitslosigkeit fast ganz auf die Allgemeinheit, hauptsächlich die Lohn- und Mehrwertsteuer zahlenden Massen, abwälzen könnten.

3. Die Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen ist für die Betroffenen erheblich weniger diskriminierend als die Abhängigkeit von staatlicher Hilfe, deren Inanspruchnahme ihnen noch mehr Missbrauchsvorwürfe eintragen würde, weil ihr keine „Gegenleistung“ in Form eigener Beitragsleistungen entspricht.

Sinnvoll wären ein Um- und Ausbau des sozialen Systems zu einer Art „Bürgerversicherung“, die aber sehr viel mehr bieten muss als eine Minimalversorgung, wie sie Neoliberalen mit Modellen für eine „Grundrente“ à la Biedenkopf/Miegel vorschwebt, und aus den genannten Gründen gerade nicht über Steuermittel finanziert werden darf. Von einer Bürgerversicherung kann eigentlich nur die Rede sein, wenn sie dem Konzept sozialer Bürgerrechte entspricht,³¹ alle Wohnbürger/innen (nicht nur Arbeitnehmer/innen) mit ihren Einkünften einbezieht, also auch keinen Arbeitgeber ausspart, und mit den Prinzipien eines Sozialversicherungsstaates sinnvoll verschränkt ist. Außerdem muss der Bund die Beiträge im Falle fehlender oder eingeschränkter Zahlungsfähigkeit bedarfsbezogen und grundsicherungsorientiert zuschießen.

Sozialpolitik muss statt vom „Standort D“ aus wieder stärker vom hilfebedürftigen Individuum her gedacht werden, das als Bürger/in über soziale Grundrechte verfügt, die der Staat zu garantieren hat. Eine soziale Bürgergesellschaft knüpft die politische Teilhabe ihrer Mitglieder an materielle und soziokulturelle Mindeststandards, deren Gewährleistung dem Wohlfahrtsstaat obliegt. Auf diese Weise wird soziale Sicherheit zum konstitutiven Bestandteil einer neuen Form der Demokratie, die mehr beinhaltet als den regelmäßigen Gang zur Wahlurne, das Funktionieren des Parlaments und die Existenz einer unabhängigen Justiz.

Das in der Bundesrepublik bestehende System der sozialen Sicherung speist sich nur zu etwa einem Drittel aus Steuereinnahmen; zwei Drittel der Finanzmittel stammen aus Beiträgen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber. Umso wichtiger wäre es, durch Übertragung des Prinzips der ökonomischen Leistungsfähigkeit auf dieses Gebiet für mehr Beitragsgerechtigkeit zu sorgen. Statt alle nicht dem Äquivalenzprinzip entsprechenden Leistungen als „versicherungsfremd“ zu brandmarken, was der Logik gewinnorientierter Privatversicherungen entspricht, müsste man überlegen, wie ein Mehr an solidarischer Umverteilung innerhalb der einzelnen Sozialversicherungszweige zu realisieren und die Öffentlichkeit dafür zu gewinnen ist. Nahe lägen die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung sowie die An- oder Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen (unter Beibehaltung der Leistungsobergrenzen).

Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre wurde über alternative Erhebungsmethoden im Hinblick auf die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung diskutiert. Damals schlugen sozialdemokratische Politiker/innen, Gewerkschafter/innen und Wissenschaftler/innen vor, künftig nicht mehr (nur) die Bruttolohn- und -gehaltssumme, sondern (auch) die Bruttowertschöpfung eines Unternehmens als Grundlage zu wählen, weil die - bis heute gültige -

31 Vgl. dazu: Thomas H. Marshall, Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M./New York 1992.

Regelung negative Auswirkungen habe: „Die gegenwärtige Bemessung der Arbeitgeberbeiträge nach den Lohnkosten bevorzugt kapitalintensive Unternehmen und benachteiligt personalintensive. Während die Arbeitnehmer proportional zu ihrer ökonomischen Leistungskraft an der Finanzierung der Sozialversicherung beteiligt werden (jedenfalls bis zur Beitragsbemessungsgrenze), ist dies beim Unternehmenssektor nicht der Fall, denn die Unterschiede in der ökonomischen Leistungskraft werden in den unterschiedlich hohen Lohnsummen nicht angemessen widerspiegelt.“³² Durch den als „Maschinensteuer“ bezeichneten Wertschöpfungsbeitrag sollte eine ausgewogenere Belastung der Betriebe erreicht und ein positiver Beschäftigungseffekt erzielt werden. Auch wenn man sich davon keine Wunderdinge versprechen sollte, hätte es der Wertschöpfungsbeitrag verdient, nach zwei Jahrzehnten mangelnder Resonanz in der Öffentlichkeit wieder mehr Aufmerksamkeit zu finden.

32 Herbert Ehrenberg/Anke Fuchs, Sozialstaat und Freiheit. Von der Zukunft des Sozialstaats, Frankfurt/M. 1980, S. 385.